

Juristentag. Welch elementare Bedeutung einer unabhängigen Justiz für den demokratischen Rechtsstaat zukomme, gelte es zumal vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zu betonen. Das sagte Mathias Habersack, Präsident des 73. Deutschen Juristentags, auf der Eröffnungssitzung vor rund 1.500 angemeldeten Teilnehmern in Bonn. „Diesen Krieg kann man insoweit als einen Stellvertreterkrieg bezeichnen, als er sich jedenfalls auch gegen das Streben der Ukraine nach Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat und am Ende nach Aufnahme in die EU wendet.“ Dass er zugleich die hiesige Rechts- und Wirtschaftsordnung vor gewaltige Zielkonflikte stelle, sei allenthalben zu erleben. Die alle zwei Jahre stattfindende Veranstaltung konnte 2020 wegen der Corona-Pandemie nur in abgespeckter Form stattfinden. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) wandte sich in seinem Grußwort gegen die „typisch deutsche Konfliktscheu“. Argumentierender Streit, Konflikt und Wettbewerb müssten sein: „Liberale Ordnungen machen die fruchtbar.“ Gegen Populismus müsse man sich engagieren, aber nicht auf Kosten öffentlicher Debatte in der Sache. Nordrhein-Westfalens Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) warf die Frage auf, ob der DJT nicht in „Deutscher Juristinnen- und Juristentag“ umbenannt werden solle. Er erinnerte daran, dass vor genau 100 Jahren das „Gesetz über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen in der Rechtspflege“ erlassen wurde. Seither sei für Diversität in der Justiz zwar einiges erreicht worden, doch Einiges sei auch noch zu tun. Das Thema sei mehr als nur das ausgewogene Verhältnis zwischen Frauen und Männern auf allen Hierarchiestufen: „Es geht auch um Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit und ohne Behinderung und Menschen jedweder geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung.“ • jja



Gerhard Strate
Streiter für den Rechtsstaat

Deutsche Lebenslügen

„Israel hat seit 1947 bis zum heutigen Tag 50 Massaker in 50 palästinensischen Orten begangen. 50 Massaker, 50 Holocausts.“ Diese Worte, gesprochen von Mahmud Abbas kurz vor Ende der Pressekonferenz mit Olaf Scholz, machten den Kanzler offenkundig sprachlos. Statt einer adäquaten Reaktion ließ er seinen Gast weitersprechen und reichte ihm anschließend formvollendet die Hand, ehe man gemeinsam den Raum verließ. Das unwürdige Schauspiel, das sich am 16.8.2022 im Bundeskanzleramt ereignete, wirft ein grelles Schlaglicht auf die deutschen Lebenslügen der letzten Jahrzehnte. Der Sündenfall reicht 50 Jahre zurück: Als Terroristen am 29.10.1972 den Lufthansa-Flug 615 entführten, um drei in deutscher Untersuchungshaft sitzende palästinensische Olympiaattentäter freizupressen, gab die damalige Bundesregierung sofort nach und ermöglichte die Ausreise der Betroffenen. Ihre Spur verlor sich kurz darauf in Tripolis. Für ihre Tat, bei der elf israelische Sportler und ein deutscher Polizist ihr Leben verloren, wurden sie nie verurteilt. Den Terroranschlag auf die Olympischen Sommerspiele 1972 nicht kompromisslos als bewaffneten Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland eingeordnet und entsprechend reagiert zu haben, etablierte einen Automatismus, dem auch Kanzler Scholz sich bis heute nicht entziehen kann: Willy Brandts Appeasement gegenüber dem nationalislamistischen Terror der Palästinenser wirkt fort. Und so stellt auch Scholz keine Fragen. Nicht in Sachen Holocaustrelativierung. Und schon gar nicht nach einer im Raum stehenden mutmaßlichen persönlichen Mitwirkung von Mahmud Abbas an der Vorbereitung des Olympiaattentats. Den Anfangsverdacht dafür liefert der damalige Drahtzieher Abu Daoud, der Abbas alias Abu Mazen in seiner Autobiografie „Palästina: Von Jerusalem nach München“ als den „Finanzier unserer Aktion“ benennt.

Für die Staatsanwaltschaft Berlin, der nun in beiden Angelegenheiten Strafanzeigen gegen Abbas vorliegen, gilt es nun, zunächst die Frage der möglichen Immunität zu klären. Diese zu beantworten ist nicht schwierig. Einen Hinweis gibt das Gerichtsverfassungsgesetz in § 20 I, das „Repräsentanten anderer Staaten“ der deutschen Gerichtsbarkeit entzieht. Dem selbsternannten „Staat Palästina“ jedoch fehlen wesentliche Merkmale eigenständiger Staatlichkeit, weshalb er auch von Deutschland und den meisten anderen europäischen Ländern nie anerkannt wurde. Erschwerend kommt Abbas' fehlende demokratische Legitimation hinzu. Dieser war im Jahr 2005 für eine Amtszeit von vier Jahren zum Palästinenserpräsidenten gewählt worden. Weitere Wahlen wurden seitdem von ihm einfach nicht angesetzt oder in letzter Minute verschoben. Schützenhilfe erhält Abbas vom Auswärtigen Amt, das dem illegitimen Präsidenten eines nicht existenten Staates reflexartig Immunität bescheinigt. Ob dies der Tatsache geschuldet ist, dass Außenministerin Baerbock nach eigenem Bekunden „eher aus dem Völkerrecht“ kommt, ist bislang nicht bekannt. •

Dr. h.c. Gerhard Strate ist Rechtsanwalt in Hamburg und einer der renommierten Strafverteidiger des Landes